

BILDUNGS- MAGAZIN

Heft 1 des DKP-Bildungsjahres 1988/89



*Die
Gründung
1968*

*Und was
ist ihre
Bedeutung ?*

*Ausblick in
die Zukunft*

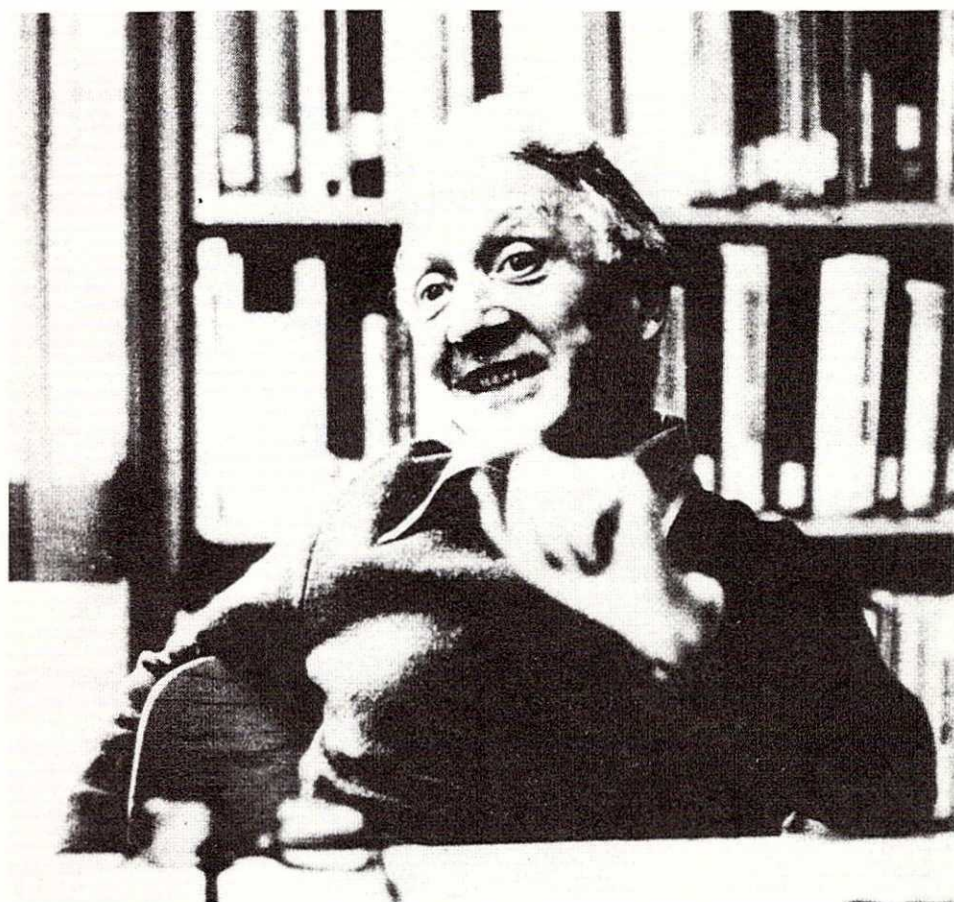
20 Jahre DKP :

***20 Jahre für Frieden, Arbeit
und Demokratie***

Josef Schleifstein

Der Intellektuelle in der Partei

Gespräche



va&g

**Verlag Arbeiterbewegung
und Gesellschaftswissenschaft**

Das Thema umfaßt den Zeitraum von 20 Jahren. Was ist in dieser Zeit geschehen?! Allein alle Ereignisse aufzuzählen, an welchen die DKP in dieser oder jener Weise beteiligt war, würde den Rahmen eines BILDUNGSMAGAZINS sprengen.

Eine andere schwerwiegende Frage: Wie beurteilen die verschiedenen Generationen von Genossinnen und Genossen die 20 Jahre unseres Wirkens?

Da gibt es die Genossinnen und Genossen der antifaschistischen Generation, des Kampfes gegen Hitler, Faschismus und Krieg; oder jene, die unmittelbar nach 1945 zur kommunistischen Bewegung kamen und am demokratischen Neuanfang mitwirkten; eine andere Generation kam in den 12 Jahren des KPD-Verbots in die

politische Arbeit; wieder eine andere gehört zur 68er-Generation; in den siebziger Jahren erlebte eine neue Generation von Kommunistinnen und Kommunisten sowohl den Beginn einer Entspannungspolitik als auch die neuerliche Zuspitzung der internationalen Lage;

viele kamen zur DKP im Aufschwung der Friedensbewegung, im Kampf gegen die Stationierung der US-Atomraketen zu Beginn der achtziger Jahre;

die jüngste Generation von Kommunistinnen und Kommunisten ist Zeuge des ersten großen Sieges der Friedensbewegung.

Was ist das Unverzichtbare, das Unverlierbare der hinter uns liegenden 20 Jahre? Einige Antworten gibt dieses BILDUNGSMAGAZIN - nur einige. Weitere Antworten bleiben der Diskussion, den nächsten Bildungsthemen zum 70. Jahrestag der Gründung der KPD, zu den 40. Jahrestagen der Gründung der BRD und der DDR vorbehalten.

Re daktions NOTIZ

Inhalt

<i>Einleitung</i>	Seite	2
<i>1. Die Konstituierung der DKP 1968</i>	Seite	5
<i>2. Die Bedeutung der DKP für die Bundesrepublik</i>	Seite	14
<i>3. Ausblick auf künftige Entwicklungen</i>	Seite	26
<i>Dialog</i>	Seite	30
<i>Termine der Karl-Liebknecht-Schule</i>	Seite	31



Foto: Rose

*Herbert Mies,
Vorsitzender der
DKP, in Olden-
burg*

Foto: Koopmann



Einleitung *Am 26. September 1968 wird die Deutsche Kommunistische Partei gegründet. Von diesem Tag an beginnt wieder eine legale Kommunistische Partei in unserem Lande zu wirken.*



Das Verbot erfolgt 1956 auf einem Höhepunkt des Kalten Krieges. 12 Jahre später hat sich das internationale Kräfteverhältnis zugunsten der Fortschrittkräfte in der Welt verändert. Die reaktionären Vorstellungen imperialistischer Kräfte, einschließlich der westdeutschen, den Sozialismus, die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Länder „von der Landkarte“ streichen zu können, erweisen sich als illusionär.

Ein nennenswerter Teil der westdeutschen Öffentlichkeit, vor allem in der Arbeiter-, der Jugend- und Studentenbewegung, nimmt es nicht mehr länger passiv hin, daß eine Partei verboten ist, die als erste und entschieden gegen die Remilitarisierung des Landes aufgetreten ist.

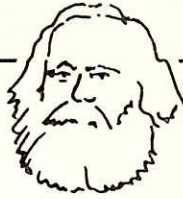
Internationale und innere Faktoren drängen darauf, in der Bundesrepublik die Bedingungen für das legale Wirken einer Kommunistischen Partei zu schaffen.

Die Wurzeln der DKP reichen weiter zurück als in die Zeit unmittelbar vor der Neukonstituierung im Jahre 1968.

„Die DKP ist hervorgegangen aus dem mehr als hundertjährigen Kampf der deutschen Arbeiterbewegung gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Militarismus und Krieg. Sie hat das Vermächtnis der revolutionären deutschen Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei Deutschlands übernommen. In ihr lebt das Heldentum des antifaschistischen Widerstandes und der mutige Kampf derer fort, die nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus für einen antifaschistisch-demokratischen Neubeginn in unserem Lande wirkten.“ (Programm der DKP, S. 5)

Wurzeln der DKP

Zum Nachdenken



„Nur die kleinen deutschen Spießgesellen, die die Weltgeschichte an der Elle und der jedesmal „interessanten Zeitungsnachricht“ messen, können sich einbilden, daß in der gleichen großen Entwicklung 20 Jahre mehr als ein Tag sind, obgleich nachher wieder Tage kommen können, worin sich 20 Jahre zusammenfassen.“

(Karl Marx an Friedrich Engels, 9. April 1863, in Marx/Engels-Werke, Bd. 30, S. 342)

In dieser Tradition beteiligt sich die DKP seit 20 Jahren an den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen unserer Zeit, leistet sie wichtige Beiträge vor allem zur Entfaltung der Arbeiter-, der Friedens- und der vielfältigen linken und demokratischen Bewegungen.

Sie ist ein Faktor der Ausdauer, der Kontinuität, der Organisation. Bei der Vielfalt der politischen Ereignisse des Tages, bei Erfolgen und Niederlagen, behält sie unbeirrbar im Auge:

„Unser Ziel ist die sozialistische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft. Dieses Ziel kann nur verwirklicht werden durch die Arbeiterklasse, durch die große Mehrheit des Volkes . . .“ (Aus der Erklärung zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei, 1968)

20 Jahre – grundlegende Wandlungen

In den 20 Jahren der Existenz der DKP vollzieht sich ein grundlegender Wandel in den Lebensbedingungen der gesamten Menschheit.

● Die Gefahr der Selbstvernichtung durch atomare Massenvernichtungswaffen ist heraufgezogen.

● Die Gefahr der Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen durch die weitere Verschärfung der ökologischen Krise erreicht neue Dimensionen.

● Der mit der wissenschaftlich-technischen Revolution sich vollziehende Umbruch reicht bis in die Arbeits- und Lebensbedingungen jedes einzelnen Menschen, verändert auch die Kampfbedingungen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung.

Die heutige Umbruchsituation wird von uns vor 20 Jahren noch nicht in ihrer globalen Bedrohlichkeit erkannt. Manche neuen Positionsbestimmungen erfolgen mit Verzögerungen, die nicht notwendig gewesen sind.

Die DKP ist jedoch bereits vor 20 Jahren die erste Partei, die in der Hauptfrage, in der Frage Krieg/Frieden, jene Auffassung formuliert, die heute Mehrheitsmeinung auch in unserem Volke ist:

„Es ist für die Völker eine Lebensfrage, daß es ihnen gelingt, einen militärischen Konflikt zu verhindern und politische Entspannung, friedliche Koexistenz durchzusetzen, die natürlich den Kampf der beiden Systeme nicht aufhebt, aber verhindert, daß er mit kriegerischen Mitteln ausgetragen wird.“ (Thesen des Düsseldorfer Parteitagés, 1971)



1. Die Konstituierung der DKP 1968

Das Konstituierungsjahr 1968 ist kein zufälliges Datum. Drei Faktoren sind hervorzuheben:

Gegen die Folgen der Restaurationpolitik

1. Es entstehen um die Mitte der 60er Jahre **große gesellschaftliche Bewegungen, in denen erstmals neue Generationen und Kräfte aktiv auf die politische Bühne des Landes treten.**

Sie wenden sich gegen die Folgen der Restaurations- und Rüstungspolitik, die unter Kanzler Adenauer seit Gründung der Bundesrepublik verfolgt worden war. Sie erhalten zusätzliche Motivation, nachdem die SPD, von der viele Menschen eine entschiedene Oppositionspolitik erwarten, in eine Große Koalition mit der CDU/CSU eintritt.

Letztlich richten sich diese Bewegungen, ob es allen ihren Teilnehmern bewußt ist oder nicht, gegen eine politische Herrschaft, die die alten kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse wiederhergestellt hat; die dafür die Wiederbewaffnung betreibt und Notstandsgesetze zur möglichen Unterdrückung der Arbeiter- und demokratischen Bewegung ausarbeitet und verabschiedet.

Sie wenden sich gegen jene anti-kommunistische Staatsdoktrin, die alles zu überwuchern droht, die demokratischen Spielräume immer mehr einengt, ja sogar die außenpolitischen Bewegungsmöglichkeiten der Bundesrepublik zu blockieren droht.

DKP – Partei der Demokratie

Am Tag ihrer Gründung erklärt die DKP:

„Die innere Entwicklung der Bundesrepublik im Sinne einer lebendigen Demokratie kann durch eine legale Kommunistische Partei nur gewinnen. Ihr Eingreifen in die politische und geistige Auseinandersetzung wird den durch die anti-kommunistischen Tabus eingeschränkten Raum der Diskussionsfreiheit erweitern, die Schranken

der Diffamierung und Bevormundung durchbrechen. Auch dem Ansehen der Bundesrepublik im Ausland, im Westen wie im Osten, wird die Betätigungsfreiheit einer Kommunistischen Partei in diesem Lande förderlich sein. Was in England, Frankreich und selbst in den USA erlaubt ist, darf in der Bundesrepublik nicht länger unter Ausnahmerecht des Kalten Krieges stehen.“ (Erklärung zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei, 1969)

Diese Voraussage erweist sich als richtig. Die demokratische Selbstbetätigung der Menschen nimmt rasch zu. Demonstrationen, früher eine wegen ihrer Außergewöhnlichkeit bestaunte Aktionsform, werden zu einer Selbstverständlichkeit, deren sich heute sogar Beamte oder Bankangestellte bedienen.

Es hat sich eine vielfältige progressive politische Kultur entwickelt, die sich gründlich unterscheidet von Untertanenmentalität oder Kadavergehorsam. Die DKP prägt Begriffe wie „Gläsernes Rathaus“ oder „Gläserne Taschen“ der Konzernherren, um Hintergründe von Entscheidungen offenzulegen, den Blick hinter die Kulissen zu öffnen, die wirklichen Machtstrukturen sichtbar zu machen.

Nicht daß diese Veränderungen ausschließlich durch direktes Einwirken von Kommunistinnen und Kommunisten sich vollzogen hätten; aber mit der Existenz und mit dem Wirken einer legalen Kommunistischen Partei mindert sich der autoritäre Druck, getrauen sich die Menschen, eine andere Meinung als die der Regierenden zu haben; nehmen sie sich die Freiheit, ihre Interessen selbst wahrzunehmen. Zahlreiche antikommunistische Tabus (Tabu = das Unantastbare) werden umgestoßen (ohne daß wir übersehen wollen, wie statt dessen andere, neue produziert werden).

Wichtige Aktionen der Arbeiterklasse

- 1969** *Die Septemberstreiks - spontane Streikaktionen gegen Reallohnverlust und die Verteidigung demokratischer Mitbestimmungsrechte.*
- 1972** *Politische Streiks für die Ratifizierung der Ostverträge, gegen die CDU/CSU-Versuche, Kanzler Brandt zu stürzen.*
- 1978** *Beginn der ersten Streikaktionen der Stahlarbeiter für die 35-Stunden-Woche.*
- 1979** *Weitere Streiks für die 35-Stunden-Woche.*
- 1981** *1,5 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte beteiligen sich an der Unterschriftensammlung des DGB für „Frieden und Abrüstung“.*
- 1981** *Es entstehen betriebliche Friedensinitiativen gegen die Stationierung der US-Atomraketen.*
- 1982** *Erste Massendemonstration der Gewerkschaften gegen Sozialabbau.*
- 1982** *Zahlreiche Gewerkschafter und Betriebsbelegschaften beteiligen sich an der Demonstration der 400.000 für Frieden und Abrüstung in Bonn.*
- 1983** *350.000 Metallarbeiter streiken gegen Arbeitsplatzvernichtung. 130.000 demonstrieren in Bonn.*
- 1984** *Die Metallarbeiter, Drucker und Setzer streiken für die 35-Stunden-Woche.*
- 1985** *Streikaktionen der Werftarbeiter gegen Arbeitsplatzvernichtung.*
- 1985** *600.000 beteiligen sich am Aktionsherbst der Gewerkschaften gegen den Sozialabbau, für die Sicherung von Arbeitsplätzen.*
- 1986** *1,6 Millionen Gewerkschafter streiken und demonstrieren gegen die Verschärfung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes. 7,6 Millionen Arbeiter und Angestellte beteiligen sich am ersten „Arbeitervotum“ gegen die Aushöhlung des Streikrechtes.*
- 1987** *Aktionen der Stahlarbeiter gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen.*
- 1988** *Fortsetzung der Aktionen der Stahlarbeiter. Aktionen der Postgewerkschafter gegen die „Privatisierungspläne Bonns“. Aktionen der Angestellten im Handel gegen die Verlängerung der Arbeitszeit.*

Angetastet wird das Tabu, mit Kommunisten generell nicht zusammenzuarbeiten. Angetastet wird das Tabu, keinerlei kommunistische Vorschläge zu beachten oder gar anzunehmen. Umgestoßen wird das Tabu, mit regierenden Kommunisten nicht zu verhandeln.

Verändertes Kräfteverhältnis

2. Die positiven Veränderungen haben auch internationale Ursachen. **Die herrschenden Kreise in der kapitalistischen Welt, darunter die der Bundesrepublik, sind zur Anpassung an neue Gegebenheiten gezwungen.** Eine solche Anpassung drückt sich in der damals verkündeten „neuen Ostpolitik“ aus, die zahlreiche Vereinbarungen zwischen „Ost“ und „West“ zum Ergebnis hat. Später wird dieser Zeitabschnitt als „Zeit der ersten Entspannung“ bezeichnet. Die Verträge der Bundesrepublik mit der Sowjetunion, mit Polen, mit der CSSR, der Vertrag über Westberlin und schließlich die Verträge mit der DDR haben positive Wirkungen für Frieden und Sicherheit. Die Politik der friedlichen Koexistenz beginnt erste Früchte zu tragen, wie die damaligen zahlreichen Abkommen zwischen der Sowjetunion und den USA beweisen.

Die Kommunistinnen und Kommunisten können ohne Übertreibung von sich selbst sagen, daß Frieden und Völkerverständigung zu allen Zeiten ihre Hauptziele sind. Ein freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion anzustreben, das forderten wir, als alle anderen noch tief in den Schützengräben des Kalten Krieges saßen. Wir sind die einzige Partei, die voraus sagte, daß der Tag kommen werde, an dem man nicht nur mit der Sowjetunion verhandeln, sondern auch die DDR anerkennen werde. Damals wurden Kontakte zur

DDR noch polizeilich verfolgt oder mit Gefängnishaft bestraft. — 1987 muß Erich Honecker mit allen staatlichen Ehren in Bonn empfangen werden!

Die Kontinuität kommunistischen Handelns

3. Neben den positiven Veränderungen im internationalen und im inneren Kräfteverhältnis spielen **die Kommunistinnen und Kommunisten selbst eine entscheidende Rolle**, daß es 1968 zur Neukonstituierung einer kommunistischen Partei kommen kann. Trotz Verbot und Verfolgungen wirken die Kommunistinnen und Kommunisten ununterbrochen in allen Kämpfen und Bewegungen der Jahre 1956 bis 1968.

Ihre Hauptaktivitäten richten sich auf den Kampf gegen die Notstandsgesetze, die von der CDU/CSU initiiert, von der Mehrheit der Großen Koalition verabschiedet, ein Instrument sind, mit dessen Hilfe die Verfassung außer Kraft gesetzt, die Tätigkeit der Parteien und Gewerkschaften unterbunden, das Streikrecht ausgesetzt werden kann.

Ebenso großen Anteil haben die Kommunistinnen und Kommunisten an der Entwicklung der Ostermärsche, der jährlich wiederkehrenden bedeutendsten Friedensmanifestation vor allem gegen Pläne zur Atombewaffnung der Bundeswehr.

Die Kommunistinnen und Kommunisten sind mit großem Einsatz bei den Demonstrationen und Kundgebungen für die Beendigung der US-Aggression gegen Vietnam.

In ganz persönlichem Engagement treten die antifaschistischen Widerstandskämpfer aus dem kommunistischen Reihen gegen den Neonazismus auf. Ihren Initiativen ist es zuzuschreiben, daß es an vier

„Neue Ostpolitik“



len Orten zu antifaschistischen Bündnissen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, Christen und Liberalen kommt und die neonazistische Partei NPD gehindert wird, in den Bundestag einzuziehen. Daß heute ein neues antifaschistisches demokratisches Bewußtsein entstanden ist, ist nicht zuletzt auf das kontinuierliche Wirken vor allem der antifaschistischen Widerstandskämpfer in und mit der DKP zurückzuführen.

Trotz noch andauernden Parteiverbots sind Kommunistinnen und Kommunisten aktiv tätig für die Verbreitung kommunistischer Vorschläge, Forderungen, Ziele und Ideen. Sie beteiligen sich als Einzelkandidaten an Parlamentswahlen, sie geben als „Privatpersonen“ kommunistische Zeitungen und Flugblätter heraus.

In zahlreichen Städten initiieren sie die Gründung Marxistischer Studiengesellschaften. 1968 zählen diese mehr als 60 Einrichtungen bundesweit mit bis zu 2000 Teilnehmern an verschiedenen Kursreihen.

Schließlich ergreifen Kommunistinnen und Kommunisten die Initiative für die Gründung von Ausschüssen für die Wiederzulassung der KPD. Sie gibt es bald in allen Bundesländern. Ihnen schließen sich zahlreiche Gewerkschafter und nicht wenige Menschen an, die nicht länger dulden wollen, daß Kommunisten in der Bundesrepublik als Menschen zweiter Klasse behandelt werden; die generell die Fesseln des Antikommunismus überwinden wollen. Viele von ihnen haben in den Bewegungen Kommunistinnen und Kommunisten kennengelernt, schätzen ihre

*Ausschüsse
für KPD-
Wiederzulassung*

„...nur in der DKP.“

„Die Existenzberechtigung politischer Parteien und Gruppierungen ist letztlich eine Frage der Inhalte, der Ziele. Und da können die Fragen ja nur lauten: Sind diese Ziele überholt oder überlebt, oder gibt es andere Parteien und politische Organisationen, von denen sie vertreten werden oder sogar wirksamer vertreten werden? Beides muß man verneinen...

Das Ziel der Überwindung des Kapitalismus und der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft, der politischen Macht der Arbeiterklasse ist von der Sozialdemokratie seit 1914 aufgegeben...

Und die Grünen behaupten nicht, daß sie Sozialisten sind oder sozialistische Ziele anstreben. Sie weichen furchtsam sogar den Begriffen Kapital und Kapitalismus aus...

Wer also bei uns davon überzeugt ist, daß der Kapitalismus überwunden werden muß, weil er zum Hemmnis des menschlichen Fortschritts geworden ist, wer an der Auffassung festhält, daß dies nur durch die sozialistische Umwälzung der Produktionsverhältnisse geschehen kann, hat - im Sinner einer, wenn auch kleinen, politischen Partei - eine Vertretung nur in der DKP.“

(Prof. Dr. Josef Schleifstein: „Der Intellektuelle in der Partei“, Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft, Marburg, 1987)

organisatorischen Fähigkeiten und ihren politischen Durchblick. Sie verlangen, daß deren Partei außer Verfolgung gesetzt wird. Sie fordern eine legale Kommunistische Partei, um die demokratische Bewegung insgesamt zu stärken.

Schluß mit dem KPD-Verbot!

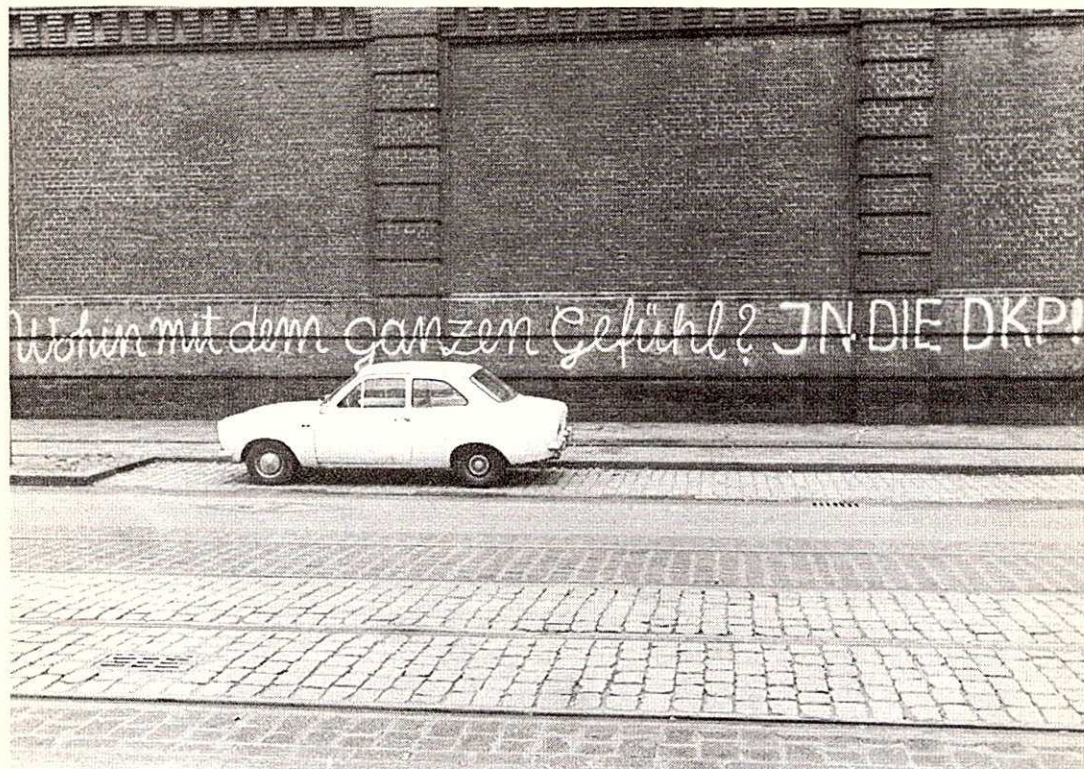
Im ganzen Lande finden 1967/68 Demonstrationen, Versammlungen, Info-Stände statt, deren Hauptforderung lautet: „Schluß mit dem KPD-Verbot!“ Im Februar 1968 wird der Entwurf für ein Programm der KPD auf einer Pressekonferenz vorgelegt. Die offen auftretenden Genossinnen und Genossen werden festgenommen, das Programm beschlagnahmt.

Dennoch werden die Forderungen nach Aufhebung des KPD-Verbots stärker. Innerhalb eines Jahres sind es 184 Veranstaltungen mit ca.

36 000 Teilnehmern, auf denen Kommunistinnen und Kommunisten ihre aktuellen Forderungen unterbreiten und ihre Vorstellungen zur künftigen politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik vortragen.

Endlich muß auch Bonn sein Ohr diesen Forderungen öffnen. Sozialdemokratische Minister werden bei ihren Auslandsreisen wiederholt gefragt, was man von einer Demokratie halten solle, die eine legale Betätigung der Kommunisten unter Strafe stelle.

Der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann, ein Gegner des Adenauer'schen politischen Strafrechts, wird Justizminister. Er und Brandt, der damals Vizekanzler ist, befürworten aus „innen- und außenpolitischen Gründen“ eine „neu zu konstituierende Kommunistische Partei“.



Unter den Kommunistinnen und Kommunisten wird die Frage diskutiert, ob trotz Fortbestehens des Verbotsurteils gegen die KPD die Neugründung einer kommunistischen Partei vorzunehmen sei. Noch immer bestehen Haftbefehle gegen mehr als 100 Mitglieder und Funktionäre der verbotenen KPD. Die Kommunistinnen und Kommunisten werden sich klar: Einerseits reicht die Kraft der demokratischen Bewegung nicht, das KPD-Verbot mit allen seinen Weiterungen aus der Welt zu schaffen; andererseits aber gelingt es den Herrschenden schon nicht mehr, jede legale kommunistische Betätigung zu unterbinden.

In dieser Situation gehen die Kommunistinnen und Kommunisten in die Offensive. Sie nehmen die Neukonstituierung der Deutschen Kommunistischen Partei vor.

„Nur eine Partei, die die Ideen von Marx, Engels und Lenin zur

Grundlage ihres Handelns macht, kann unserem Volke, besonders der arbeitenden und studierenden Jugend, einen Weg zur Veränderung der Verhältnisse, zu demokratischem Fortschritt und zum Sozialismus weisen.“ So stellt die DKP in ihrer Gründungserklärung fest. Von dieser Grundlage ist die Deutsche Kommunistische Partei trotz vielfacher Anfechtungen von rechts und „links“ in allen Phasen ihrer Entwicklung nicht abgewichen.

Notwendigkeit und Möglichkeit

Zusammenfassend: Die Bildung der DKP im Jahre 1968 ist notwendig und möglich geworden.

● **Notwendig**, weil es einer Kraft bedarf, die in der Vielfalt der Bewegungen das **Gesamtinteresse** der demokratischen und Arbeiterbewegung zum Ausdruck bringt;



● weil es einer Kraft bedarf, die bei allem Auf und Ab für **Kontinuität und Unermüdlichkeit** in Aktionen sorgt;

● weil Bewußtsein vermittelt werden muß, nicht bei Teilerfolgen stehen-zubleiben, sondern den **Durchblick auf die gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten** zu schaffen, die erst bei grundsätzlichen Veränderungen in den Besitz- und Machtverhältnissen letztlich zu dauerhaften Lösungen führen.

● **Möglich** wird die Bildung einer legalen Kommunistischen Partei, weil es in den 60er Jahren zu einer qualitativ veränderten innen- und außenpolitischen Situation in der Bundesrepublik kommt;

● weil sich international die Wende vom Kalten Krieg zur Entspannung anbahnt;

● weil sich unter dem Anpassungszwang des Imperialismus vernünftiger Elemente durchsetzen, die zu mehr Demokratie und internationaler Verständigung bereit sind;

● weil die demokratische und Arbeiterbewegung Kräfte entwickelt, die die Forderung nach einer legalen Kommunistischen Partei unterstützen;

● schließlich, weil die Kommunistinnen und Kommunisten nach 12jähriger Illegalität die Kraft aufbringen, die selbständige Organisation einer revolutionären Arbeiterpartei unter neuen Bedingungen zu schaffen.

Innerhalb weniger Wochen nach dem 26. September 1968 bilden sich bis Ende Oktober 1968 mehr als 220 Orts- und Stadtteilgruppen, 40 Betriebsgruppen, 123 Kreis- und zehn Landesvorstände der Deutschen Kommunistischen Partei.

Organische Verbindung von Tradition und Neuem

Zu den neuen Mitstreitern gehören hervorragende Vertreter neuer in die politischen Geschehnisse eingreifender Generationen. Das sind Arbeiter und Angestellte, Betriebsräte und Vertrauensleute, die in den Arbeiter- und Gewerkschaftskämpfen der 60er Jahre ihren Weg zur Kommunistischen Partei gefunden haben. Sie haben sich nicht nur von der „Sozialpartnerschafts“-Ideologie gelöst, sie haben Klassenbewußtsein entwickelt, was sie zur organisatorischen Konsequenz der Mitgliedschaft in der revolutionären Arbeiterorganisation veranlaßt.

Das sind vor allem hervorragende Leute aus der Jugend- und Studentenbewegung. Sie kämpfen zunächst gegen die konservativen Autoritäten, für eine demokratische Hochschulreform. Sie werden zu Aktivisten der Anti-Notstandsbewegung und der Bewegung gegen die US-Aggression in Vietnam. Sie bringen neue Aktionsformen ein, von denen die Kommunistinnen und Kommunisten viel lernen. (Demonstrationen im Dauerlauf mit den Rufen „Ho, Ho, Ho Tsch Minh“ und an der Seite von Rudi Dutschke sind für ältere Genossinnen und Genossen zunächst ungewöhnlich; ebenso „sit ins“, Sitstreiks auf Straßen, Plätzen oder in „offiziellen Räumen“.)

Große Impulse, wichtige Anregungen und aktive Mitstreiterinnen erhält die DKP aus der Frauenbewegung. Sie selbst bringt ihre Klassenpositionen in sie ein, schafft die Verbindung zur Arbeiterbewegung — ein großer Erfolg.

In und mit der DKP entsteht eine organische Verbindung von traditionellen Erfahrungen der Arbeiterbewegung mit aktuellsten Er



Zum Nachdenken

„Im schlichten Gewand einer Organisationsbestimmung zeigt sich die hohe Einschätzung der subjektiven Kräfte geschichtlichen Geschehens, des bewußten, planmäßigen Zusammenwirkens einzelner, vieler zu einem einheitlichen, zielgebenden Willen.“

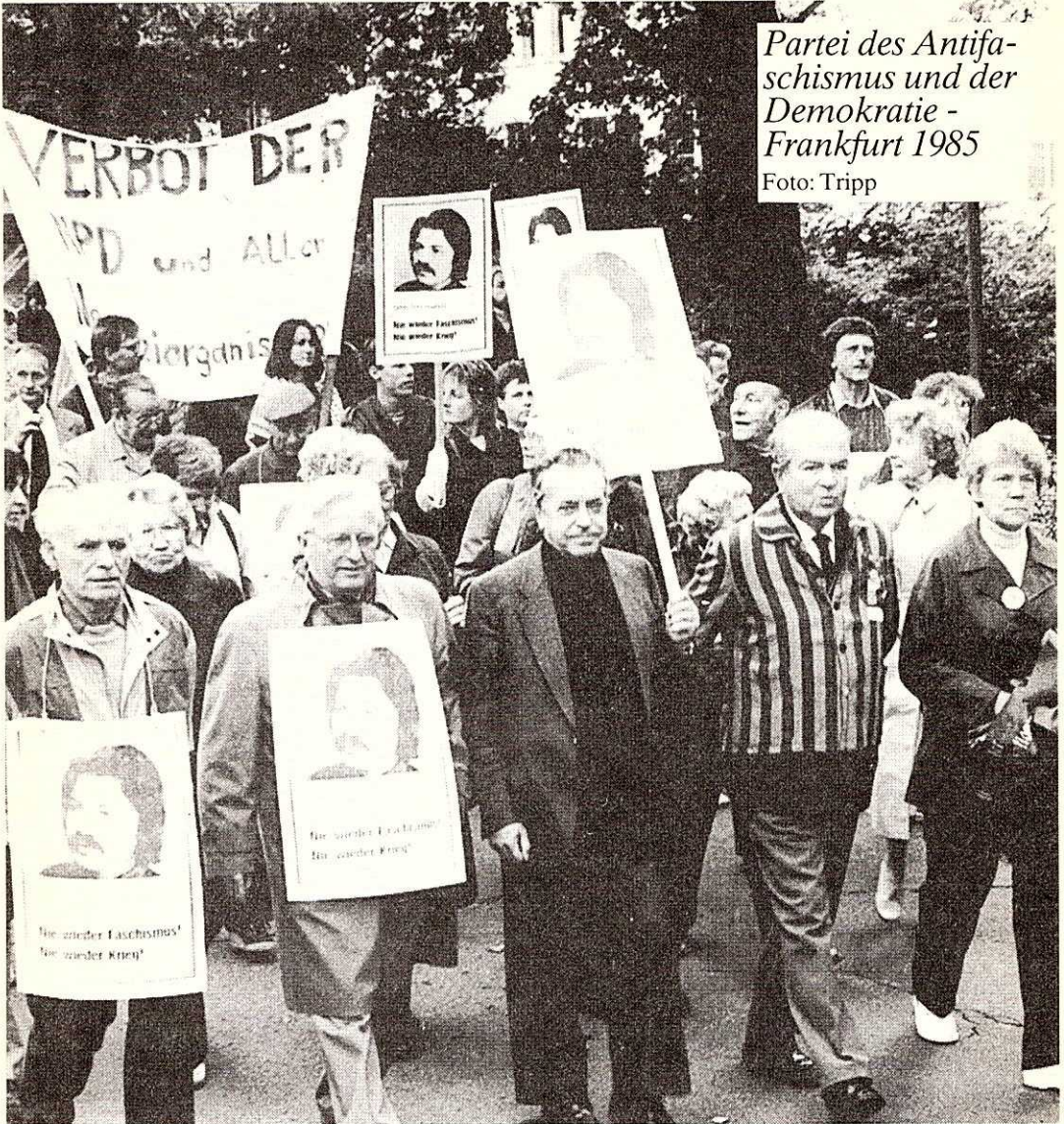
(Clara Zetkin, aus "Die Rote Fahne", Nr. 61/1923)

lebnissen und daraus abgeleiteten Erkenntnissen der jungen Frauen und Männer, der neuen Akteure auf der politischen Bühne.

Die politische Kultur der DKP ist von Anfang an geprägt von großer Diskutierfreudigkeit und vielfältiger Aktionstätigkeit. Die älteren Genossinnen und Genossen, die vor 1933 aktiv waren und während des Faschismus ihr Leben nicht schonten, bringen die revolutionären Eigenschaften wie Mut, Standhaftigkeit und Ausdauer ein. Die Genossinnen und Genossen der „ersten Stunde“ nach 1945 verfügen über die Erfahrungen antifaschistisch-demokratischen Engagements, ihres Kampfes gegen die Restaurierung alter Besitz- und Machtverhältnisse, des Wirkens gegen die Remilitarisierung. Und da sind die Genossinnen und Genossen, die während der 12jährigen Verfolgung unter Adenauer Disziplin und die Fähigkeit gelernt haben, legale und illegale Kampfformen wirkungsvoll miteinander zu verbinden.

Partei des Antifa-
schismus und der
Demokratie -
Frankfurt 1985

Foto: Tripp



2. Die Bedeutung der DKP für die Bundesrepublik

Die Bedeutung der DKP für das gesellschaftliche Leben und für die politische Entwicklung in diesem Lande ist nicht zuerst eine Frage, die sich in Zahlen, in Mitglieder oder Wählerzahlen ausdrücken läßt.

Die Bedeutung der DKP liegt in ihrer Zielstellung und in ihrem Charakter begründet. Sie ist die einzige Partei in der Bundesrepublik, die den Sozialismus anstrebt als die grundlegende Alternative zum Kapitalismus. Sie ist die einzige Partei, die sich als revolutionäre Arbeiterpartei versteht. Das ist von Bedeutung, ob eine Partei groß ist oder klein.

Für jede Kommunistische Partei ist der entscheidende Maßstab, wie sie zur Arbeiterklasse steht, wie sie in und mit der Arbeiterklasse als der entscheidenden Klasse in den Ländern des Kapitals wirkt. Wirksamkeit oder Unwirksamkeit einer Kommunistischen Partei werden vor allem an und in den Aktionen der Arbeiterklasse gemessen; werden daran gemessen, in welchem Maße sie zur Entwicklung von Klassenbewußtsein und Kampferfahrung beiträgt.

In den 20 Jahren seit Gründung der DKP zeigt sich uns eine Arbeiterklasse, die sich in vielfältiger Weise entwickelt. (Siehe Materialien S.7) Die Arbeiterklasse von heute ist nicht mehr die von vor 20 Jahren. In den Zeiten einer lang anhaltenden Nachkriegskonjunktur, dem sogenannten „Wirtschaftswunder“, sind damals große Teile der Arbeiterklasse von Vorstellungen der „Sozialpartnerschaft“ beherrscht. Sie vertrauen auf Verhandlungen mit den „Arbeitgebern“. Streiks und Demonstrationen scheinen in Vergessenheit geraten zu sein. Selbst die 1. Mai-Veranstaltungen finden zu jener Zeit in der Regel „im Saal“ statt. Die Herrschenden wiegen sich in der Hoffnung, die Arbeiterklasse voll in ihr System integrieren, aus den Gewerkschaften „Ordnungsfaktoren“ machen zu können.

Zu jener Zeit sind zahllose Theorien im Schwange, die von der „Verbürgerlichung“ der Arbeiterklasse reden, die gar die volle Auf-

lösung der Arbeiterklasse behaupten, die „Abschied nehmen vom Proletariat“.

Von all dem läßt sich die DKP nicht beirren. Sie sagt an ihrem Gründungstag: *„Wir handeln, weil wir feststellen müssen, daß die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik keine politische Partei findet, die ihre demokratischen Gegenwartsinteressen konsequent vertritt und mit den gesellschaftspolitischen Forderungen für eine sozialistische Zukunft verbindet.“*

In ihrer Grundsatzklärung, die 1969 vom 1. Parteitag (in Essen) verabschiedet wird, charakterisiert die DKP die Arbeiterklasse wie folgt:

„Ihre Stellung als ausgebeutete Klasse in der kapitalistischen Großproduktion, ihre Stärke, Organisiertheit und Solidarität machen die Arbeiterklasse objektiv zur Hauptkraft der gesellschaftsverändernden Bewegung.“

In den Thesen zum Düsseldorfer Parteitag 1971 stellt die DKP fest, daß die Arbeiterklasse „nicht nur die zahlenmäßig stärkste Klasse“ ist, sondern auch die Klasse, die mit der Entwicklung der Produktion zahlenmäßig wächst, von 70 Prozent Anteil an den Erwerbstätigen im Jahr 1950 auf 80 Prozent zu Beginn der 70er Jahre.

Unberechtigter Vorwurf

Der Vorwurf an die Adresse der DKP, starr an einem überkommenen Rollenbild der Arbeiterklasse festzuhalten oder zu spät auf gravierende Strukturveränderungen im Zusammenhang mit der wissenschaftlich-technischen Revolution zu reagieren, ist als Pauschalurteil nicht berechtigt.

Im Jahre 1971 (!) gibt es in den Thesen zum Düsseldorfer Parteitag die These 28 mit dem Titel „Veränderungen in der Struktur der Arbeiterklasse“. Hier werden wesentliche

DKP-Grundsatzklärung zur Arbeiterklasse

Rolle der Wissenschaft im Produk- tionsprozess

Differenzierungsprozesse benannt.

Hier wird gesagt, daß man sich nach wie vor auf die Industriearbeiterschaft „als Kern der Arbeiterklasse“ orientiere; daß jedoch die wachsende Zahl und Bedeutung der Angestellten, Techniker, Ingenieure und naturwissenschaftlichen Fachkräfte „größere Aufmerksamkeit“ seitens der Kommunisten verlange.

Wenige Jahre später wird in der Programm-Diskussion im Vorfeld des Mannheimer Parteitages 1978 der Erkenntnisprozeß über die Arbeiterklasse weitergeführt: „In der Arbeiterklasse vollziehen sich, besonders unter dem Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution, bedeutende strukturelle Wandlungen.“ Vor allem wird die DKP sich klar darüber, welche Rolle die Wissenschaft im Produktionsprozeß der Gegenwart spielt. 1985/86 setzt erneut eine umfassende Diskussion um die zentralen Fragen der heutigen Arbeiterklasse ein. Die DKP diskutiert ihre Thesen zum Hamburger Parteitag 1986. Sie präzisiert die Erkenntnisse der Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse: „*Innerhalb der Arbeiterklasse wächst der Anteil der im Angestellten- und Beamtenverhältnis Beschäftigten, während der Anteil der Arbeiterinnen und Arbeiter sinkt. Das Gewicht der im Dienstleistungssektor, in den Büros und Verwaltungen Tätigen nimmt zu. Strukturveränderungen und -krisen, Rationalisierungswellen und Betriebsstillegungen führen zur Verringerung ‚traditioneller‘ Gruppen der Arbeiterklasse (Berg-, Stahl-, Werft-, Bauarbeiter usw.).*“ Sie hält in den Thesen aber auch fest: „*Den Kern der Arbeiterklasse bilden nach wie vor die Arbeiter und Angestellten der Großbetriebe der materiellen Produktion (Industrie, Energiewirtschaft, Bauwirtschaft, Transport- und Nachricht-*

tenwesen). Das ergibt sich aus der ökonomischen Schlüsselrolle dieser Bereiche. Vor allem aber befinden sich hier aufgrund der zahlenmäßigen Konzentration der Arbeiterklasse, des hohen Grades ihrer gewerkschaftlichen Organisiertheit wie auch aufgrund ihrer größeren Kampferfahrung die hauptsächlichsten Kraftzentren der Arbeiterbewegung.“

Selbstkritik

Die richtigen politischen und programmatischen Aussagen und Beschlüsse zum Hauptträger des gesellschaftlichen Fortschritts, zur Arbeiterklasse, sind **die eine, die unverzichtbare Seite. Die andere Seite ist die Realisierung, die Umsetzung.** Hier mangelt es vor allem an einer andauernden, systematischen und durchdringenden Leitungsarbeit, um die richtigen Ideen und neuen Analysen zum Gemeinut der gesamten Partei und sie entsprechend handlungsfähig zu machen.

In Bezug auf die Arbeiterklasse gibt es einerseits bei uns ein häufig zu enges Festhalten am „Blauermann“, dem traditionellen Bild des Arbeiters. Zuweilen übersehen wird andererseits den neuen Typ des Arbeiters, der mit Hochtechnologien in neuen Produktionsbereichen umzugehen hat oder auf dem weiten Feld der Dienstleistungen. Andererseits schätzen wir wiederum die „Blauänner“ gering, beachten nicht ihre traditionellen Kampferfahrungen, ihre Aktionsbereitschaft, ihren hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad.

Viele vereinfachte Vorstellungen herrschen über die Lebensweise der Arbeiterklasse heute. Daß sich breite Kreise der Arbeiterschaft einen nicht zu verachtenden Lebensstandard erarbeitet und erkämpft haben, wird zuweilen geringgeschätzt. Freizeitverhalten und Wohnkultur mit gehobenen An-

sprüchen werden nicht selten übersehen.

So entstehen Vorstellungen bei manchen Kolleginnen und Kollegen über die Kommunisten als Leute, die nicht Schritt halten mit der Zeit, die starr und unbeweglich an alten Zuständen hängen.

1987 findet die Parteivorstandstagung der DKP statt, die sich ausschließlich mit der Arbeiterklasse von heute beschäftigt. Voraus geht dieser Tagung eine umfangreiche Diskussion, die auf Versammlungen der Partei und in der Zeitung der DKP, der „UZ“, geführt wird. Im Anschluß an die Tagung des Parteivorstandes wird die Diskussion in den Parteigruppen, u. a. mit der Behandlung des Bildungsthemas „Arbeiterklasse — Gegenwart und Zukunft“ fortgesetzt. Man vergewissert sich der Veränderungen bis in alle Einzelheiten.

Genau um diese Zeit zeigt sich in den aktuellen Kämpfen der Arbeiterklasse, vor allem der Stahlarbeiter von Hattingen und Rheinhausen, schlaglichtartig, was sich in der Arbeiterklasse in den zurückliegenden 20 Jahren geändert hat. Die Arbeiterklasse ist bei allen Differenzierungsprozessen reifer geworden, bewußter, kampfbereiter; sie führt ihre Kämpfe, ob um die Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden, ob um den Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes, ob gegen die Privatisierungspläne der Post, ob um die Laden-schlußzeiten im Handel, ja selbst im Bereich der Banken und Versicherungen, häufiger und intensiver als zu früheren Zeiten.

Die DKP hat dazu beigetragen. Vor allem durch die unermüdliche Kleinarbeit ihrer Genossinnen und Genossen in den Betrieben, mit ihren Betriebsgruppen und ihren Betriebszeitungen. Sie erzielt selbst

dort Wirkungen, wo nur eine Genossin/ein Genosse tätig ist, die jedoch wissen, was sie wollen und tun, was sie wissen.

Vertrauensvolles Verhältnis zu Sozial- demokraten

Die DKP hat ein vertrauensvolles und kameradschaftliches Verhältnis zu den Sozialdemokraten hergestellt, dessen Fruchtbarkeit sich vor allem bei den Arbeiterkämpfen, in der demokratischen und Friedensbewegung bewährt.

Dagegen stehen nicht wenige Widerstände. Wie oft — in der Vergangenheit und noch heute — erleben die Kommunisten Zurückweisungen von Sozialdemokraten, die meinen, die DKP wolle sich als kleine Partei bei der großen SPD anbieten.

Unbeirrt jedoch bleibt die DKP bei ihrer im Parteiprogramm getroffenen Entscheidung, die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten nicht nur für die unmittelbare Gegenwart, sondern auch für die Zukunft zu entwickeln.

Konsequent an der Seite der Gewerk- schaften

Die DKP hat ein gutes, partnerschaftliches Verhältnis zu den Gewerkschaften des DGB aufgebaut. Wiederholt hat sie in den 20 Jahren seit ihrer Gründung ihre gesamte Organisationskraft zur Verfügung gestellt, um gewerkschaftliche Aktionen zu unterstützen. Das hat Anerkennung gefunden.

Die DKP betrachtet die Einheitsgewerkschaften des DGB als eine der größten Errungenschaften der Arbeiterbewegung der Bundesrepublik. Wiederholt mußten in den zurückliegenden Jahren Angriffe

*Widerstände
gegen
Zusammen-
arbeit*

*Nicht nur der
soziale
Hoffnungs-
träger*

auf die Gewerkschaften und ihre Einheit zurückgewiesen werden. Dennoch haben sie sich zu einem Kraftzentrum für die Verteidigung und die Erweiterung sozialer und demokratischer Rechte wie für die Sicherung des Friedens erwiesen.

Die erweiterte historische Mission

Von großer Tragweite ist die Neubewertung der historischen Mission der Arbeiterklasse, die die Kommunisten vornehmen:
„Ihre Mission besteht nach wie vor darin, Träger des Kampfes um eine neue, ausbeutungsfreie, eine sozialistische Gesellschaft zu sein . . .“

Zugleich ist „die Arbeiterklasse heute nicht mehr nur der soziale Hoffnungsträger, sondern ihre historische Mission erweitert sich um **die Aufgabe, zusammen mit allen anderen Friedenskräften die Weiterentwicklung menschlicher Zivilisation zu sichern**“, die Menschheit vor der Gefahr der atomaren Selbstvernichtung zu bewahren. So wird es auf der 8. Parteivorstandstagung 1987 von Herbert Mies, Vorsitzender der DKP, formuliert.

Die Friedens- und Anerkennungspartei

Wenn nach Erfolgen kommunistischen Wirkens in der 20jährigen Geschichte der DKP gefragt wird, dann steht ihre Friedenspolitik mit an erster Stelle. Ihre Friedenspolitik entspringt ihrem Wesen als revolutionärer Arbeiterpartei. An der Wiege der KPD steht der Kampf gegen den Militarismus.

Der revolutionäre Sozialdemokrat, der 1914 im Reichstag seine Zustimmung zu den Kriegskrediten verweigert, Karl Liebknecht, wird zu den Gründern der KPD. In den Reihen der DKP sind die Erfahrungen des Kampfes um den

Ausstieg aus dem ersten Weltkrieg ebenso gespeichert wie die Erfahrungen der ersten siegreichen sozialistischen Revolution, der Oktoberrevolution, an deren Beginn die Verbrüderung der deutschen und russischen Soldaten unter dem Ruf „Die Waffen nieder“ steht.

In ihr Bewußtsein eingegangen sind die opferreichen Kämpfe der KPD gegen den Faschismus. „Hitler bedeutet Krieg“, so warnen die Kommunisten vor 1933. Der Kampf der KPD insgesamt ist Kampf für die Zerschlagung des Faschismus und seiner Kriegsmaschine.

Nach 1945 kämpft die KPD gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik, gegen die Aufstellung der Bundeswehr, bis sie deswegen verboten wird. In der neuen Illegalität kämpfen die Kommunistinnen und Kommunisten gegen die geplante atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Sie unterstützen die Bewegung „Kampf dem Atomtod“, sie sind Mitinitiatoren der Ostermärsche.

Die 20jährige Geschichte der DKP ist eine Geschichte ununterbrochener Friedensaktivitäten. Zu den ersten legalen Aktivitäten nach der Neukonstituierung der DKP gehören die Demonstrationen, Versammlungen, Mahnwachen, Info-Stände für die Beendigung der US-Aggression gegen Vietnam.

Die Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik fordert die DKP von Anfang an als entscheidenden Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa. In Kassel demonstriert sie anlässlich des ersten Besuches von Willi Stoph, dem Ministerpräsidenten der DDR, der hier mit Bundeskanzler Brandt Gespräche führt.

Die DKP fordert als erste gutnachbarliche Beziehungen zu den sozialistischen Staaten, vor allem zur Sowjetunion, zu Polen und zur CSSR. Sie fordert im Interesse des Friedens die Anerkennung der Nachkriegsgrenzen.

1981: Die Friedensbewegung nimmt einen ungeheuren Aufschwung. Erstmals seit 1969 finden wieder Ostermärsche statt: 500 000 beteiligen sich.

Bonn erlebt eine Friedensdemonstration mit 300 000 Teilnehmern. Die Kommunistinnen und Kommunisten unterstützen in den Betrieben mit aller Kraft die DGB-Unterschriftensammlung „Frieden durch Abrüstung“: 1,5 Millionen Unterschriften von Arbeitern und Angestellten!

Es ist ein großer Erfolg der Friedensbewegung, daß **1985** das erste Gipfeltreffen zwischen den USA und der UdSSR in Genf stattfindet, dem **1986** das zweite Treffen Gorbatschow-Reagan in Reykjavik folgt, **1987** das abermalige Treffen in Washington und **1988** der Moskauer Gipfel, der das erste Abkommen einer tatsächlichen Abrüstung in der Geschichte der Menschheit besiegelt.

Die DKP hat 20 Jahre lang die Kontinuität der Friedensbewegung nicht nur bewahrt, sondern im entscheidenden Moment ihren Neuaufschwung mitinitiiert.

Die DKP hat ständig für ein Zusammenwirken von Friedensbewegung und Arbeiterbewegung gewirkt. Die Friedensbewegung hat erstmals in der Nachkriegsgeschichte reale Durchsetzungskraft erlangt.

Die DKP hat das Bewußtsein über die gesellschaftlichen Ursachen von Rüstung und Kriegsvorbereitung in die Friedensbewegung getragen.

Die DKP hat die neuen Dimensionen der Kriegsgefahr im Atomzeitalter erkannt. 1985 formuliert sie



Zum Nachdenken

„Jedes Mitglied muß aktiv sein, muß Festgelegtes leisten, sei es agitatorisch, propagandistisch, organisatorisch oder sonstwie. Die Partei duldet kein bloßes Lippenbekenntnis, sie heischt von jedem und unter jeden Bedingungen tätige, wirkende Überzeugung. Das ist eine der stärksten Wurzeln für ihr unverwüstliches Leben...“

(Clara Zetkin, aus "Die Rote Fahne", Nr. 61/1923)

in ihren Thesen die Notwendigkeit, „auf neue Weise an die Frage Krieg oder Frieden heranzugehen“.

„Die Abwendung eines atomaren Infernos ist zur grundlegenden Voraussetzung für den Fortbestand der menschlichen Zivilisation und damit auch für das Vorankommen des gesellschaftlichen Fortschritts geworden. **Der Friedenskampf ist die wichtigste humanistische Aufgabe und zugleich die erste Pflicht eines jeden Revolutionärs.**“ So beschlossen in den Thesen des Hamburger Parteitagess 1986.

Mängel unserer Friedensarbeit

Die Kommunistinnen und Kommunisten sind selbstbewußt genug, ihre Beiträge zum Friedenskampf der letzten 20 Jahre und zur Entwicklung der Friedensbewegung zutreffend einzuschätzen. Sie sind jedoch auch nicht blind gegenüber Mängeln in ihrer Arbeit.

Tausende Kommunistinnen und Kommunisten sind in Friedensinitiativen aktiv. Aber längst nicht alle



Vietnam-
Demo 1972

Foto Tripp

Grundorganisationen der Partei leisten ihren konkreten Beitrag zur Entstehung einer Friedensinitiative in ihrem Wirkungsbereich. Und nicht immer wissen unsere Partnerinnen und Partner, daß wir als Mitglieder der DKP in der Initiative tätig sind.

Kommunistinnen und Kommunisten wirken an der Arbeit der betrieblichen Friedensinitiativen mit, einer großen Errungenschaft der Friedensbewegung. Aber wir bringen die Kraft nicht auf, die betrieblichen Friedensinitiativen in einer veränderten Situation mit neuen Ideen weiterzuentwickeln, z. B. im Zusammenhang mit den neuen Formen der berufsspezifischen Friedensinitiativen.

Seit Anbeginn tritt die DKP für die

Senkung der staatlichen Rüstungsausgaben ein. Doch ist es nur schwach gelungen, zündende Initiativen für eine Umverteilung der Rüstungsgelder zur Schaffung neuer Arbeitsplätze oder zugunsten der Kommunen zu entwickeln.

Auf der 8. Parteivorstandstagung 1987 hat die DKP die Bedeutung der Rüstungskonversion, das heißt die Umwandlung der Rüstungsproduktion in eine Produktion sozial nützlicher Güter, unterstrichen. Sie betrachte sie als eminent praktische Schritte, um die Bundesrepublik tatsächlich friedensfähig zu machen. Andere Kräfte, vor allem Gewerkschaften, sind hier schon früher aktiv. Neben wenigen Einzelinitiativen hat die DKP noch keine Gesamtkonzeption zur Ver-

fügung, die konkrete Wege zeigt, um alle 300 000 Rüstungsarbeiter mit sozial und ökologisch brauchbarer Produktion zu beschäftigen.

Internationalistisch und prinzipiell solidarisch

Die DKP hat sich von Anfang an für ein prinzipiell solidarisches Verhältnis zum ersten sozialistischen Land der Welt, zur Sowjetunion, und zum ersten deutschen sozialistischen Staat, der Deutschen Demokratischen Republik, sowie zu den anderen sozialistischen Ländern entschieden.

Die DKP ist die Partei des proletarischen Internationalismus, die die prinzipielle Solidarität mit allen um ihre Freiheit kämpfenden Völker einschließt. Vielfältig ist die politische, materielle und persönliche Unterstützung durch ihre Mitglieder, die die DKP leistet. Die Hilfe für das chilenische Volk ist ebenso wichtiger Teil ihrer Solidarität wie die Arbeitsbrigaden in Nicaragua sowie die Unterstützung der Freiheitskämpfer in Südafrika und die Solidarität für die türkischen Genossen.

Diese Haltung ist unverändert bis zum heutigen Tag. Das ist einer der Grundpfeiler ihrer Politik.

Vor allem entspringt unser prinzipiell solidarisches Verhältnis zu den sozialistischen Ländern und den kommunistischen Parteien „den prinzipiellen Gemeinsamkeiten der Arbeiterklasse aller Länder“, wie es in den Thesen zum Hamburger Parteitag der DKP heißt. Und weiter: „Sie hat einen gemeinsamen Gegner, das internationale Kapital, und ist durch gemeinsame Grundinteressen verbunden. Der proletarische Internationalismus hat darum weder an Bedeutung verloren, noch ist er durch einen ‚neuen Internationalismus‘ zu ersetzen.“

Für die Kommunistinnen und Kommunisten ist der reale Sozialismus die größte Errungenschaft der internationalen Arbeiterbewegung. Es ist von historischer Bedeutung, daß gerade auf deutschem Boden ein sozialistischer Staat, die DDR, existiert und sich entwickelt. Hier sind die Wurzeln für Rüstung und Krieg beseitigt.

Hier herrscht gesellschaftliches Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln. Hier ist die politische Herrschaft einer kleinen Gruppe von Kapitaleigentümern überwunden, so daß sich die Gesellschaft frei von Ausbeutung und Unterdrückung entwickeln kann.

Der revolutionäre Umgestaltungsprozeß in der Sowjetunion und die weitere Entfaltung der Gesellschaft in anderen sozialistischen Ländern schafft einen den Verhältnissen der heutigen Zeit entsprechenden Sozialismus. Das wird das Ansehen der Kommunistinnen und Kommunisten erhöhen. Das wird ihr Auftreten in der Arbeiter-, der Friedens- und in den anderen demokratischen Bewegungen erleichtern. In einem komplizierten und widersprüchlichen Prozeß werden Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft wachsen.

Das verlangt allerdings, Abschied zu nehmen von idealisierenden Vorstellungen über den realen Sozialismus. Das verlangt, Mut einzugestehen, daß man in der Vergangenheit oftmals ein Wunschbild für die Realität genommen hat. Das verlangt die Einsicht, daß auch im Sozialismus die Vorwärtsentwicklung im Kampf der Widersprüche, des Neuen gegen das Alte sich vollzieht.

Wir müssen uns korrigieren, indem wir dem Sozialismus nicht länger Eigenschaften andichten, die er nicht hat und die er gar nicht haben kann, wenn wir die Möglichkeiten

*Abschied
nehmen von
Wunsch-
bildern*

seiner jeweiligen Entwicklungs-etappen, seine historischen Ausgangspunkte ebenso sachlich zur Kenntnis nehmen wie die Bedingungen des internationalen Klassenkampfes nicht außer Betracht lassen.

Mit Genugtuung verfolgt die DKP Perestroika und Glasnost als Ausdruck der kritischen und selbstkritischen Kraft, mit der die KPdSU ihre Fehler und Probleme überwindet. Mit großer Zustimmung nehmen wir an der sowjetischen Friedensinitiative teil, begrüßen wir die Beschleunigung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sowie die rasche Entfaltung der sozialistischen Demokratie.

Konsequenzen aus Perestroika und Glasnost

Die DKP betrachtet Perestroika und Glasnost als unverzichtbar. Sie bedeuten die Durchsetzung einer modernen sozialistischen und kommunistischen Entwicklungslogik. „Es geht ohne Wenn und Aber“, so Herbert Mies auf der 12. Tagung des Parteivorstandes der DKP im Juni 1988, „weiter auf dem Weg von Perestroika und Glasnost, auf dem Weg der Entfaltung der Vorzüge des Sozialismus, auf dem Weg zu neuem Denken und Handeln.“

Die DKP will den Meinungsstreit über die Konsequenzen, die sich aus den Entwicklungen in der Sowjetunion, aus der Parteikonferenz der KPdSU vom Juni 1988, auch für die DKP ergeben. Sie will den Meinungsstreit auf dem Boden des Sozialismus, auf dem Boden der Lehren von Marx, Engels und Lenin. Herbert Mies hebt auf der 12. Tagung des Parteivorstandes hervor, „daß Diskussionen, die durchaus die Meinungsvielfalt zeigen können, nicht zu politischen Konfrontationen, zur Entzweiung der

Kräfte führen dürfen... Für uns heißt das, daß Diskussionen zur Zusammenführung, zur bewußten Einheit, zur Stärkung der Kampfkraft der Partei führen müssen...“

Wahlproblematik und Masseneinfluß

Die Teilnahme an Wahlkämpfen nimmt einen beträchtlichen Raum unter den politischen Aktivitäten der DKP ein.

Es gibt immer wieder innerparteiliche Diskussionen darüber, ob man eigenständig als DKP, ob man als Teil eines Wahlbündnisses oder ob man überhaupt an allen Wahlen teilnehmen sollte. In diesen Diskussionen wie in ihrem praktischen Verhalten ist die DKP für alle Varianten offen — mit Ausnahme der Wahlabstinz.

Wenige Wochen nach ihrer Gründung steht sie bereits vor der Frage, wie sie sich bei den Bundestagswahlen des Jahres 1969 verhalten soll. Sie entscheidet sich für die Teilnahme an dem Wahlbündnis „Aktion Demokratischer Fortschritt“ (ADF). Dem gehören neben den Kommunisten namhafte Vertreter der demokratisch-oppositionellen Bewegung der 60er Jahre an.

Die Wählerzahl der ADF ist relativ gering, aber ihre Teilnahme am Wahlkampf und damit die der Kommunisten vermittelt eine wichtige Erfahrung, die die DKP in allen kommenden Wahlkämpfen macht, ob selbständig kandidierend oder in einem Wahlbündnis wie der „Friedensliste“: die anderen Parteien werden durch unsere inhaltlichen Fragestellungen veranlaßt, sich mit progressiven Positionen auseinanderzusetzen.

Dennoch: Der wunde Punkt geringer Wahlergebnisse bleibt während der 20 Jahre DKP unverändert. Wiederholt werden in der

DKP will Meinungsstreit

Frankfurter Rundschau 11. Mai 1988

„DKP ist nicht weniger demokratisch als andere Parteien“

Wissenschaftler Seifert als Gutachter in Berufsverbots-Prozess

sp HANNOVER, 10. Mai. Die Behördenmeinung, die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) sei verfassungsfeindlich, erscheint dem hannoverschen Politikwissenschaftler Professor Jürgen Seifert dringend überprüfbar, dürftig. Als Prozeßgutachter im Disziplinarverfahren gegen den Garbsener Gesamtschullehrer Karl-Otto Eckartsberg, den die niedersächsische Landesregierung trotz 13jährigem unbeanstandeten Unterrichts aus dem öffentlichen Dienst entfernen will, äußerte sich Seifert nicht nur auf Antrag der Verteidigung, sondern auch auf Wunsch des Prozeßvertreters der Regierung. Als Experte für das Parteienwesen in der Bundesrepublik sollte er dazu Stellung nehmen, ob erstens das Statut, zweitens die Organisation und drittens die Zielsetzung der DKP als verfassungsfeindlich anzusehen seien. Auf die beiden ersten Fragen antwortete Seifert mit Nein.

Die DKP-Strukturen seien nicht weniger demokratisch als die anderer Parteien

in der Bundesrepublik, sagte Seifert. Weder im geschriebenen Statut noch in der realen Organisation sei Ungezügelt oder Verfassungswidriges zu erkennen. Die Mitglieder seien nicht wie in früheren Zeiten auf den Willen der Parteiführung eingeschworen. Es sei möglich, unterschiedliche Auffassungen zu vertreten, und das geschehe auch mit dem Ergebnis, daß sich neue Auffassungen durchsetzen; ein Beispiel sei die innerparteiliche Diskussion über die Kernenergie.

Die Landesregierung hatte zu Beginn des Verfahrens den Standpunkt vertreten, in der DKP herrsche Kadavergehorsam. Ihm seien vor allem diejenigen Mitglieder unterworfen, die innerparteiliche Funktionen übernehmen. Sie könnten deswegen keine loyalen Beamten sein. Der Prozeßbeauftragte der Regierung räumte auf Befragen inzwischen ein, daß er dafür keine Beweise parat habe.

Zur Frankfurter Rundschau

Partei Diskussionen sowohl auf Parteivorstandstagen als auch auf Parteitag über objektive und subjektive Gründe für diese unbefriedigende Situation geführt (jüngst erst wieder in den Marxistischen Blättern, Nr. 12/87 sowie in den folgenden Ausgaben).

Zu den objektiven Faktoren eines relativ schwachen Masseneinflusses, eingeschlossen geringe Wahlergebnisse, gehören solche wie die von Anatoli Dobrynin, Sekretär des ZK der KPdSU, genannten:

- Sie hängen „in erster Linie mit neuen Erscheinungen bei der Entwicklung des Kapitalismus zusammen, der eine weitaus größere Stabilität besitzt als früher angenommen wurde.“
- „Die Vorteile des Sozialismus in der gegenwärtigen Etappe seiner Entwicklung sind im Grunde genommen noch nicht vollständig zur Geltung gebracht worden. Der Sozialismus hat noch kein für die Massen in den westlichen Ländern überzeugendes Beispiel für eine tiefgreifende Demokratisierung der Gesellschaft und für eine radi-

kale und schnellere Lösung der ökonomischen Probleme geliefert.“

- „Dazu kommen noch negative Prozesse in der Entwicklung einer Reihe sozialistischer Länder, angefangen bei unserem.“
- „Unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und der dadurch hervorgerufenen tiefgreifenden sozialen Veränderungen wandelt sich der Charakter der Massenbasis, auf die sich die kommunistische Bewegung bisher traditionell stützte. Das wiederum hat sie vor schwierige Probleme gestellt.“ (Aus: „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, 3/1988 und UZ, 18.4.88)

Zu den objektiven Gründen in unserem Lande zählen die geschichtlichen Faktoren, die zu einem Antikommunismus in aggressivsten Formen geführt hat (im Faschismus), einem Antikommunismus, der — nur gering gemildert — unter Adenauer erneut zur Staatsdoktrin wird und zum Verbot der KPD

*Nüchtern be-
urteilen, was
möglich
ist und was
nicht.*

führt. Die Ausläufer sind noch heute zu spüren. Dazu gehören die Berufsverbote und weitgehender Boykott der DKP in den Massenmedien.

Im Zusammenhang damit stehen die subjektiven Gründe. Die relative zahlenmäßige Schwäche der DKP ist einer von ihnen. Diese Schwäche hindert uns auch daran, flächendeckend in allen Regionen und Ecken des Landes zu den Menschen durchzudringen. Vor diesem Hintergrund muß man nüchtern beurteilen, was möglich und was nicht möglich ist.

Dazu gehört auch die Beurteilung von Wahlbündnissen und das illusionslose Vergewissern, was machbar und was nicht machbar ist.

Probleme mit der ökologischen Bewegung

Die DKP hat sich in ihrer 20jährigen Tätigkeit auf die beiden großen gesellschaftlichen Felder Arbeit und Frieden konzentriert. Dennoch hat sie zugleich gemäß ihren Kräften vielfältige weitere Aktivitäten entwickelt, die hier kurz skizziert werden sollen.

1971 führt die DKP ihre ersten großen Umweltschutzaktionen durch. Damals gibt es noch keine ökologische Bewegung und keine Partei der Grünen. Demonstrationen organisiert die DKP in Frankfurt gegen die Main-Vergiftung durch den Hoechst-Konzern. Die erste Umweltschutzkonferenz der DKP erklärt: „Umweltschutz muß demokratische Aktivität gegen die Konzerne sein.“

Seit 1978 führt die DKP im Umfeld des Rhein-Main-Flughafens den Kampf gegen große Waldzerstörungen zum Bau einer weiteren Startbahn.



1980 treten Kommunisten in den Hungerstreik und unterstützen die Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren in Hessen gegen die Startbahn West: 200 000 Menschen unterschreiben.

Ebenso beteiligen sich Kommunistinnen und Kommunisten an den Umweltschutzaktionen in Wyhl, Gorleben, Brokdorf und Wackersdorf.

1980 gründet sich auf Bundesebene die Partei der Grünen.

Sie konzentriert sich zunächst auf den Kampf gegen die Atomkraftwerke. Erst später entfaltet sie sich mit demokratischen und Friedensforderungen zu einer radikal-demokratischen Partei.

Die DKP lehnt von Anfang an das Bonner Atomprogramm ab, nicht zuletzt wegen der damit verbundenen Gefahr einer bundesdeutschen Atomwaffenproduktion.

Im Unterschied zu den Grünen konzentriert sich die DKP in jener Zeit auf den Kampf gegen Atom-



Foto: Treiber

bomben und -raketen und schafft damit die Voraussetzungen für den Aufschwung der Friedensbewegung zu bis dahin nie gekannten Dimensionen.

Dennoch müssen wir heute selbstkritisch sagen, daß wir zunächst die Bedeutung und Dynamik der grün-alternativen Bewegung unterschätzt haben. Wir haben nicht die objektiven Umstände analysiert, die zur Entstehung dieser Bewegung geführt haben und vermuteten deshalb eine geraume Zeit, es handele sich bei den „Grünen“ um eine politische Modeerscheinung. Diese Einschätzung hat die DKP korrigiert.

In der Auseinandersetzung um ökologische Probleme geht die DKP von ihren erkenntnistheoretischen Auffassungen aus, daß die Welt erkennbar ist. Sie ist überzeugt, daß Technologien, die auf der Erkenntnis und Anwendung der Naturgesetze beruhen, letztlich prinzipiell auch beherrschbar sind. Diese Überlegungen sind richtig,

aber nicht ausreichend. **Die Analyse der konkreten Bedingungen muß entscheidend sein, ob der Zeitpunkt für die Beherrschbarkeit auch gegeben und das, was machbar, auch verantwortbar ist.** Prinzipiell und historisch gesehen bieten die gesellschaftlichen Verhältnisse des Sozialismus die Chance der besseren gesellschaftlichen Beherrschbarkeit. Aber wie steht es mit dem **konkreten** Sozialismus, hat seine Entwicklung schon ein solches Niveau erreicht, vor allem höchstes politisch-moralisches Niveau sowie höchstes technologisches und höchstes Niveau an Arbeitskultur, daß Risiken so gut wie ausgeschlossen werden können?

1986 ereignet sich das große Unglück im sowjetischen Atomkraftwerk Tschernobyl. Die DKP stellt sich die Frage, ob unsere heutige Erkenntnis ausreicht, eine Technologie wie die Atomkernspaltung so zu beherrschen, daß das verbleibende Risiko vertretbar ist. Sie sagt: „Tschernobyl hat uns nachdrücklich darauf verwiesen, daß auch die friedliche Nutzung der Kernenergie ein beträchtliches Risikopotential beinhaltet. Es ist eine neue Dimension des Denkens erforderlich, wie die mit Kernkraftwerken verbundenen Risiken verringert und in der Perspektive möglichst ganz ausgeschlossen werden können. Die Sensibilität für die Größenordnung dieses Problems haben wir Kommunisten der Bundesrepublik uns in einem langen Diskussionprozeß erarbeitet.“

Die DKP kommt zu dem Schluß: „Beim heutigen Stand von Wissenschaft und Technik sehen wir den Einsatz der Kernspaltung zur Energieerzeugung nur als eine Übergangslösung für einen historisch begrenzten Zeitraum an.“ („DKP und Kernkraft“, Entschließung des Parteivorstandes vom 17. Juni 1986.)

*Neue
Dimension
des Denkens*



Frauen in der
DKP
DKP - konsequente Frauenpartei

Foto: Scholz

3. Ausblick auf künftige Entwicklungen

Die Frage nach der Zukunft der DKP stellen, heißt

danach zu fragen, worin gerade heute die Notwendigkeit und Bedeutung der Deutschen Kommunistischen Partei für die Bundesrepublik Deutschland liegt.

Viele Fragen beantworten sich aus der bisherigen Geschichte der DKP. Vor allem die nach ihrer Bedeutung als revolutionäre Arbeiterpartei; als konsequente Friedenspartei; als Partei der Demokratie. Die DKP hat originäre Beiträge in der demokratischen Bewegung geleistet, sie hat große Erfahrungen im antifaschistischen Kampf gesammelt; sie hat eine lange Reihe von Menschen mit aufrechtem Gang im Kampf gegen die Berufsverbote hervorgebracht. Ihre Frauen haben sich einen geachteten Platz in der Frauenbewegung errungen, haben gelernt, mit Frauen aller Strömungen, einschließlich der feministischen, gemeinsam zu handeln. Die DKP ist verbunden mit Jugendorganisationen wie der SDAJ, dem Marxistischen Studentenbund und den Jungen Pionieren.

Die DKP hat taktische und strategische Reife erlangt: in ihrem Parteiprogramm, in ihren Thesen von 1986, in den Äußerungen und Beschlüssen von Parteivorstandstagen zu den Veränderungen in der Arbeiterklasse, zur Atomkraft oder auch zur Weiterentwicklung der eigenen Organisation widerspiegelt sich ein hohes Niveau wissenschaftlichen Analysierens und Handelns.

Weit in die Zukunft reichendes Erforschen gesellschaftlicher Prozesse zeichnet kommunistische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus, die u. a. am Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) arbeiten.

Die Fähigkeit zu neuen Antworten

Vor diesem Hintergrund stellt sich die DKP den Herausforderungen einer Umbruchperiode nie gekannten Ausmaßes. **Auf der Grundlage des bisher Erreichten kritisch und selbstkritisch urtei-**



lend, stellt sie sich den Anforderungen der kommenden Zeit bis zum Jahr 2000.

Die neue historische Situation verlangt neue Antworten auf Fragen nach einer umfassenden Reformalternative.

Die Antwort lautet: Es muß noch unter den Bedingungen des Kapitalismus der Weg zu einer friedensfähigen und reformoffenen Bundesrepublik besritten werden. Das ist die Weiterentwicklung des Weges zu demokratischem und sozialem Fortschritt, jener Konzeption, die in Programm (1978) und Thesen (1986) bereits anvisiert ist.

Die neuartige Herausforderung aller Kräfte der Arbeiterbewegung, der demokratischen und Friedensbewegung besteht in der Einschränkung der destruktiven Tendenzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus; besteht in der Beschränkung der Macht des Monopol- und Finanzkapitals; besteht

*Eine Bundesrepublik,
wie wir sie
schaffen
wollen*

in der Erweiterung der demokratischen und sozialen Rechte der werktätigen Bevölkerung.

Das heißt konkret: eine Bundesrepublik zu schaffen, die politisch, militärisch und ökonomisch friedensfähig ist; in der der Militär-Industrie-Komplex ausgeschaltet wird; in der ernsthafte Maßnahmen gegen die Massenarbeitslosigkeit ergriffen werden; in der das Prinzip der gesellschaftlichen Solidarität und Vorsorge vorangebracht wird; in der die zunehmende Kontrolle der werktätigen Menschen und ihrer Organisationen über ihre Existenzbedingungen, über ihre Arbeits- und Lebensverhältnisse erkämpft wird; in der der ökologische Umbau der Wirtschaft in Angriff genommen wird; in der die Gleichstellung der Frau weiterkommt; in der die Entwicklung einer humanistischen Kultur gefördert wird.

Die Notwendigkeit der DKP heute

Die Existenz und das Wirken der Deutschen Kommunistischen Partei ist heute notwendig, um eine umfassende Reformalternative zur Geltung zu bringen.

Die DKP ist heute notwendig, weil sie sich bewußt ist, daß eine solche Reformalternative nur bei breiter Entwicklung von Gegenmacht der Arbeiterklasse, der Friedensbewegung, der anderen demokratischen und sozialen Bewegungen möglich ist.

Die DKP ist heute notwendig, weil sie im Klassenkampf von unten und in der Entfaltung neuer breiter Bündnisse den Motor für die notwendigen Veränderungen sieht.

Die DKP ist heute notwendig, weil sie offen ist für die Diskussion mit allen demokratischen und linken Kräften, die in einem gemeinsamen Lern- und Kampfprozeß die

Vision einer friedensbereiten und demokratischen Bundesrepublik am Ende unseres Jahrhunderts verwirklichen wollen.

Die DKP ist heute notwendig, weil sie bei aller Gegenwartsproblematik ihres Wirkens nicht die Zukunft, das Ziel einer sozialistischen Bundesrepublik aus dem Auge verliert.

Organisation unter neuen Bedingungen

Gemäß diesem Ziel muß sich die Deutsche Kommunistische Partei entwickeln. Die Deutsche Kommunistische Partei muß sich als fähig erweisen, Theorie, Politik und Organisation zu entfalten, die der heutigen Umbruchsituation gerecht werden, ohne das Wesen einer Kommunistischen Partei zu verlieren.

Diesen neuen Anforderungen muß auch die Gestaltung der kommunistischen Organisation entsprechen. (Siehe dazu unser Bildungsheft Nr. 4, 1987/88.) In unserer Organisationsentwicklung geht es vor allem um die Entfaltung der Demokratie in der Partei zum Zwecke des einheitlichen und erfolgreichen Handelns; und es geht zugleich um die Entfaltung eines Zentralismus, der demokratisch legitimiert ist. Es geht um die Bewahrung und Weiterentwicklung unserer Organisationsprinzipien.

Bewahrung und Entwicklung

Bewahrt und weiterentwickelt werden muß die innerparteiliche Diskussion. Sie muß auf allen Ebenen erfolgen. Sie muß unsere Politik für alle Mitglieder durchschaubar und nachvollziehbar machen. Offene Diskussionsrunden müssen stärker genutzt werden.

Bewahrt und weiterentwickelt werden muß die Mitwirkung aller



Foto: Rose

Genossinnen und Genossen an der Erarbeitung der Politik der Partei, wofür neue Formen auf Aktivtagungen und Delegiertenkonferenzen angewandt werden müssen.

Bewahrt und weiterentwickelt werden müssen unsere Grundorganisationen als die Basis unserer Partei durch die Entfaltung eines interessanten Parteilebens und die Teilnahme an Entscheidungsfindung und Umsetzung der Politik der Partei.

Bewahrt und weiterentwickelt werden müssen unsere Aktions-einheits- und Bündnispolitik; Bedingung für eine erfolgreiche Massenpolitik.

Bewahrt und weiterentwickelt werden müssen Kritik und Selbstkritik in der Partei in dem Bestreben, die Arbeit zu verbessern und die Partei voranzubringen.

Bewahrt und weiterentwickelt werden muß das Wahlsystem der Partei: mit der Wählbarkeit von unten nach oben, mit der möglichen

Aufstellung von mehr Kandidaten als zu wählen sind; mit Maßnahmen, die Gewöhnung, Selbstherrlichkeit, Routine, etc. ausschließen.

Bewahrt und weiterentwickelt werden muß vor allem die Beschlußverbindlichkeit, was voraussetzt, daß Beschlüsse realistisch gefaßt, die Bedingungen für ihre Durchführung verbessert und die Kontrolle darüber effektiver werden.

So wirken wir auf der Grundlage unserer Organisationsprinzipien für die Entfaltung neuer, zeitgemäßer Formen und Strukturen unseres Parteilebens. Gerade unter den neuen Bedingungen des Kampfes, denen sich die DKP nach zwei Jahrzehnten angestregten und komplizierten, aber auch erfahrungsreichen Wirkens gegenüber sieht, ist eine Kommunistische Partei unverzichtbar, die den neuen Anforderungen an Theorie, Politik und Organisation gerecht wird. Wir haben die Fähigkeit und die Kraft, diese Aufgabe zu erfüllen.

Dialog

I. Bauer, München, schickt

...uns das BILDUNGSMAGAZIN Nr. 4 mit vielen blauen und roten Markierungen versehen, blau für Männer, rot für Frauen. Nach ihrer Rechnung steht es im BILDUNGSMAGAZIN 44 : 9 für die Männer, das heißt, auf den Fotos des BILDUNGSMAGAZINS sind 44 Männer und 9 Frauen zu sehen.

Unsere Antwort:

Das ist gewiß nicht in Ordnung. Inzwischen zählt die DKP annähernd ebenso viele Frauen wie Männer zu ihren Mitgliedern. Die Zahl der Genossinnen, die in Grundorganisationen Vorsitzende sind, steigt ständig an. Auch bei der Auswahl der Fotos müssen die Proportionen beachtet werden. Das ist keine Formalität. In der Tat gehören die Genossinnen zu den aktivsten, energischsten und konsequentesten Mitgliedern der DKP.

Peter B., Homberg, Nordhessen:

Gibt es eine Veröffentlichung über die Geschichte der DKP?

Unsere Antwort:

Es gab mehrere Veröffentlichungen über die Geschichte der DKP. Leider sind sie vergriffen. Neue Arbeiten sind in Vorbereitung. Dieses BILDUNGSMAGAZIN behandelt einige wichtige Teilaspekte aus der 20jährigen Geschichte der DKP.

Reinhard H., Regensburg:

Aus einem längeren Schreiben: Gestattet mir ein paar Anmerkungen zum Bildungsheft 'Neue Anforderungen an die kommunistische Organisation'. Erst einmal: Das Bildungsthema paßt genau in die (Partei-) Landschaft. Ihr greift ja viele Fragen, die zur Identität der Partei gestellt werden, selbst heraus. Das ist gut. Besonders gelungen finde ich die Teile 2 und 3 des Bildungsheftes.

Gerade die Frage der Einheit von Demokratie und Zentralismus ist überzeugend herausgearbeitet. Die konkret aufgeworfenen Fragen und Probleme treffen die Parteipraxis gut. Der Teil über die Rolle der Leitungen wird sicher schon in der Vorbereitung eine Diskussion herausfordern. Im 3. Teil finde ich die wesentlichen Fragen, vor denen die Partei in der Organisationsentwicklung steht, gut und knapp dargestellt. Das wird die konstruktive Diskussion auf dem Gruppenabend fördern...

Unsere Antwort:

Wir bedanken uns für das Lob. Auf ausführlichere Fragestellungen haben wir schriftlich geantwortet.

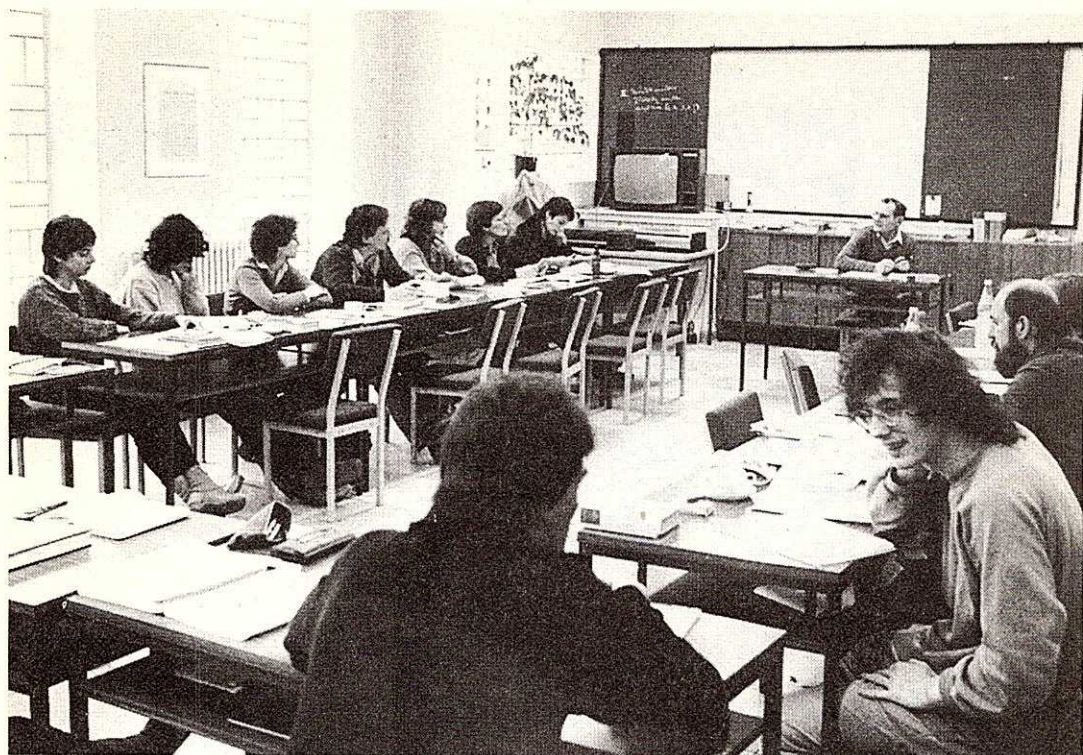


Foto: Scholz

Termine der Karl-Liebknecht- Schule

Grundlehrgang zu Programm und Politik der DKP
Lehrgang zur marxistischen Philosophie
Lehrgang zur Kommunalpolitik

Grundlehrgang zu Programm und Politik der DKP
Lehrgang zur Frauenpolitik der DKP
Zur Entwicklung der Sowjetunion und der KPdSU
Lehrgang für Bildungsverantwortliche

September:

4.-10.
11.-24.
25.-1-10.

Oktober:

2.-8.
9.-15.
23.-29.
30.-5.11.



Kurt Fritsch (Hrsg.)
**Klasse,
 Demokratie, Aktion**
 Arbeiterpartei und
 Organisation in den
 neunziger Jahren
 368 Seiten, 16,80 DM

Wozu heute eine kommunistische Partei?

Neue Technologien, neue soziale Bewegungen, neue Armut . . ., Umbrüche in der Produktion und in der Gesellschaft verändern die Arbeiterklasse. Andere politische Erfahrungen und eine veränderte Lebensweise führen auch zu einem Wandel im Verhältnis zu Parteien.

Was bedeuten diese Veränderungen für die Organisationspolitik der Kommunistischen Partei? Ausführlich behandeln die Autoren Fragen der Klassenorientierung und der Organisationsprinzipien, aber auch praktische Probleme wie die Rolle von Kritik und Selbstkritik und das Leben in den Parteigruppen.

In Ihrer Buchhandlung

**Die Französische Revolution
1789–1989**

Revolutionstheorie heute

**Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 14
1988**

SPD wohin?

Zur Analyse und Kritik des SPD-Grundsatzprogrammentwurfs

IMSF, Frankfurt
114 Seiten, kt., DM 9,80
ISBN 3-88807-046-5

Die Diskussion um die künftige Entwicklung der SPD ist voll entbrannt. Für die Zurückdrängung der reaktionären Wendepolitik und der Gewinnung einer Mehrheit links von der CDU/CSU bleibt dies eine zentrale Frage.

Kurt Fritsch (Hrsg.)

Klasse, Demokratie, Aktion

Arbeiterpartei und Organisation in den 90er Jahren

Ed.Marx.Blätter, Neuss
252 Seiten, kt., DM 16,80
ISBN 3-88501-068-2

Wie wirken sich gesellschaftliche Veränderungen auf die kommunistische Partei aus? Wie verändert sich ihre Rolle und welche Antworten hat sie auf die brennenden Fragen der Zeit?

Die Beiträge in diesem Buch geben Antworten zu diesen Fragen.

Wissenschaftlich-technische Revolution

und die Krise des Staatsmonopolistischen Kapitalismus

Arbeitsmaterialien 23
IMSF, Frankfurt
211 Seiten, kt., DM ca. 18,00
ISBN 3-88807-050-3

Welche Auswirkungen hat die Wissenschaftlich-technische Revolution auf den Reproduktionsprozeß, das wirtschaftliche Regulierungssystem in der BRD.

Kultur des Streits

Die gemeinsame Erklärung von SPD und SED
Stellungnahmen und Dokumente

Pahl-Rugenstein, Köln
120 Seiten, kt., DM ca.12,80
ISBN 3-7609-1197-8

Enthalten sind neben der Erklärung Beiträge von E. Eppler, I. Fetscher, E. Hahn und O. Reinhold, Streitgespräche, Interviews.

Perestrojka und die Linke in der Bundesrepublik

Zu den aktuellen Umgestaltungsprozessen in der UdSSR

IMSF, Frankfurt
156 Seiten, kt., DM ca.15,00
ISBN 3-88807-052-X

Führende sowjetische Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler berichten über Probleme der Perestrojka und diskutieren darüber mit Kollegen aus der Linken der BRD.



AKZENT